

Mit Atemschutzmasken vor der CDU-Zentrale

Bund für Umwelt und Naturschutz protestiert gegen Vorstoß der Christdemokraten, die Umweltzone abzuschaffen

VON SABINE DOLL

Bremen. Es ist Wahlkampf. Und den nutzen nicht nur die Parteien, um mit Aktionen auf ihre Positionen und Forderungen aufmerksam zu machen. Am Donnerstag hat der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) die Verkehrspolitik der CDU ins Visier genommen und vor der Zentrale der Christdemokraten Am Wall demonstriert – ausgerüstet mit Atemschutzmasken.

Die Kritik: „In ihrem Wahlprogramm verspricht die CDU, die Umweltzone abzuschaffen, sollte es zu einer Regierungsbeteiligung kommen. Angesichts der hohen Feinstaubwerte und Grenzwertüberschreitungen an 32 Tagen in 2014 und an bereits zehn Tagen in diesem Jahr ist das eine nicht hinnehmbare Maßnahme“, sagt BUND-Verkehrsexperte Georg Wietschorke. Stattdessen wolle die CDU auf Grüne Wellen setzen, um den Verkehr zum Fließen zu bringen und damit Staus und Abgase zu reduzieren. „Das ist Wunschdenken und ein Rückwärtsgang in der Verkehrspolitik“, schimpft BUND-Geschäftsführer Martin Rode und vermutet eine

Klientelpolitik hinter diesen Plänen. Grüne Wellen würden zudem den öffentlichen Nahverkehr ausbremsen. Der Naturschutzbund fordert dagegen die Ausweitung der „winzigen Umweltzone“ und mehr Messungen an Brennpunkten in der Stadt, um ein klareres Bild von der Feinstaub- und damit der gesundheitlichen Belastung zu erhalten. „Bislang wird gerade einmal an drei Brennpunkten in der Stadt gemessen, das ist zu wenig für eine Prognose“, so Wietschorke.

Für Heiko Strohmann, den verkehrspolitischen Sprecher der CDU, ist die Umweltzone „reine Symbolpolitik, die abgeschafft gehört“. Den Protest des BUND nimmt er zur Kenntnis, unterstreicht aber die Pläne zur Abschaffung der Umweltzone. „Zur Reduzierung der Schadstoffe setzen wir vielmehr auf die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs, den Fahrradverkehr, die Modernisierung von Fuhrparks und Elektromobi-

lität.“ Und er fordert mehr Geschwindigkeit von Umweltsenator Joachim Lohse (Grüne) bei diesen Themen. Die Feinstaubbelastung werde zudem nicht nur durch den Autoverkehr, sondern vor allem durch die Industrie verursacht. „Da geht es um

die Modernisierung der Filtertechnik“, so Strohmann.

Dass sich der BUND mitten im Wahlkampf die verkehrspolitischen Pläne der Christdemokraten vornimmt, hat laut Geschäftsführer Rode keinen besonderen Hintergrund, wie er betont. Schon gar nicht als Wahlkampf-Unterstützung für Rot-Grün. „Die anderen Parteien wollen wir auch noch mit unserer Kritik konfrontieren“, so Rode. So zum Beispiel die SPD wegen der Debatte über eine Wohnbebauung in der Osterholzer Feldmark. Rode: „Dass die SPD dies ausdrücklich nicht mehr zum Tabu erklärt, ist für uns ein Wortbruch. Vor vier Jahren war die klare Position, dass es in der Feldmark keine Bebauung geben wird.“ Es habe eine Wende in der Wohnungsbaupolitik weg von der grünen Wiese gegeben und die müsse beibehalten werden. „Für eine Umkehr gibt es keine sachlichen Gründe.“



BUND-Geschäftsführer Martin Rode (links) diskutiert mit dem verkehrspolitischen Sprecher der CDU, Heiko Strohmann. FOTO: KARSTEN KLAMA